

# Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 173.

Dienstag, 9. März.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Petzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 8. März. Der König hat geruht: den Oberförster Frhrn. Schlotheim zu Hessisch-Oldendorf zum Forstmeister mit dem Range Reg.-Rätte zu ernennen; sowie in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Dörf, Kreises Solingen, getroffenen Wahl, seitherigen Bürgermeister von Neustadt, Ludwig Baeker, als Bürgermeister der Stadt Dörf für die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren, und in Folge der von der Stadtverordneten Versammlung zu Solingen, getroffenen Wahl, den seitherigen Stadtverordneten Karl Zimmermann derselbst als besoldeten Beigeordneten der Stadt Aachen ebenfalls auf die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren zu bestätigen.

Der König hat geruht: den Major a. D. Freiherrn v. Seherr-Loß, auf Ober-Nördsdorf bei Fraustadt und den Landratsamtsbezirks- und Rittergutsbesitzer Gottlob von Rathusius, zu Kornitz, nach Prüfung derselben durch das Kapitel und auf Vorschlag Durchlauchtigsten Herrenmeisters, Prinzen Karl von Preußen, zu Vertretern des Johanniter-Ordens zu ernennen.

Dem Forstmeister Frhrn. von Schlotheim ist die Forstmeisterstelle Schleswig-Schleswig, welche durch die Verleihung des Forstmeisters v. Stendorn erledigt ist, übertragen worden. Der Oberförster Vogdt zu Stendorn im Reg.-Bezirk Königsberg ist auf die durch den Tod des Oberförsters Hering erledigte Oberförsterstelle zu Tschieser im Reg.-Bezirk verlost worden. Der Oberförster-Kandidat Zeising ist Oberförster ernannt, und es ist ihm die Oberförsterstelle Jersen in Grafschaft Schaumburg und dem Forstverwaltungs-Bezirke der fgl. übertragen worden.

## Deutscher Reichstag.

15. Sitzung.

Berlin, 8. März, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates v. Kampe, Verdy u. A. Die Kommission für die Vorberathung der Gesetzentwürfe betreffend Haupthauptricht für Pfandbriefe und betreffend das Pfandrecht an Eisenbahnen ist gewählt und hat sich unter dem Vorsitz des Abg. v. Kornuth konstituiert; sein Stellvertreter ist Abg. v. Lebeckow. Schriftsteller sind die Abgg. Büsing und Enssoldt.

In der heute fortgesetzten Berathung des Reichshaushaltssatzes werden die an die Budget-Kommission überwiesenen Kapitel fortlaufenden Ausgaben des Militär-Etats betr. die Geld- und Naturalversorgung, Reisekosten und Tagegelder, Militär-, Erziehungs- und Bildungswesen, Artillerie- und Waffenwesen durchweg und

Debatte genehmigt.

Nur Kap. 35 (Militär-Erziehungs- und Bildungswesen) giebt zu langeren Verhandlung Anlaß.

Abg. Richter: Ich habe an den Kriegsminister in Bezug auf die augenblicklich großen Kreise unseres deutschen Angelegenheit, die augenblicklich große Kreise unseres deutschen Reichsministers über die Rechtschreibung zur Sprache zu bringen. Ich habe bei diesem

ersten Mal Gelegenheit, die Verfassung des preußischen

Satzes nur gleichmäßig für ganz Deutschland und nicht einseitig

an einer einzelnen Bundesregierung geregelt werden kann. Im

deutschen Abgeordnetenhaus ist mir aber von dem Vertreter des

Ministers die Auskunft ertheilt, daß ein Einvernehmen

den Bundes-Regierungen in Bezug auf diese Frage

erzielt sei, daß es auch nicht angängig gewesen, von der

Reichsregierung die Regelung der Schul-Orthographie zu erwarten.

Die Reichsregierung habe auf die Schulen nur bei der Frage der Be-

richtung für die Zulassung zum einjährigen Dienst Einstuf. Ich

die Sache im preußischen Abgeordnetenhaus nicht weiter verfolgt,

weil ich erfuhr, daß die Angelegenheit in einer Petition vor den Reichs-

behörden eingegangen ist, weiß ich

nun folgen, aber die Reichsbehörden verschieden verfahren, d. h.

eine die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen

Orthographie bekommen, den württembergischen nach der alten. Eine

Regelung der Sache ist in der That nur auf allgemeinem deutschen

Grund möglich. Über die Nichtigkeit der neuen Orthographie mache ich

ein Urtheil an, glaube aber doch, daß man in unsrer mit Neu-

einer die Puttkamer'sche neue Orthographie annehmen, die andere

Wie würde sich beispielsweise die Sache beim Militäretat ge-

gen, wenn der preußische Kriegsminister gleich seinen preußischen

Collegen nun die neue Orthographie adoptiret und die nötigen An-

ordnungen für die Schulen trafe, der württembergische und sächsische

Reichsregierung nicht? Den nächsten preußischen Etat würden wir nach der neuen</

eigener Lektüre zitiert hat und wird beim Marineetat auf die Sache zurückkommen.

Abg. Graf v. Frankenberg: Nach dieser Erklärung des Vorredners, daß er auf die Angelegenheit zurückkommen werde, können wir wohl für heute diese querelle allemande schließen und zur Budgetberathung zurückkehren. Gätte der Abgeordnete Riedert mit seiner Anfrage einen praktischen Zweck verbinden wollen, so hätte er den preußischen Kultusminister, der Mitglied dieses Hauses (aber heute zufällig nicht anwesend) ist, von seiner Absicht verständigen sollen. Der selbe hätte uns wahrscheinlich heute schon die nötigen Aufklärungen geben und praktische Vorschläge machen können. Wird der Abg. Riedert diese Frage in geeigneter Weise zur Debatte stellen, so wird er auf vielen Seiten des Hauses Anklang finden, die heute ganz unvorbereitet waren und wir werden dann besser den Weg zur Beendigung dieser Unerquällichkeiten finden.

Damit ist diese Angelegenheit vorläufig erledigt.

Es folgt die Berathung der einm aligen Aussagen. Eine Diskussion knüpft sich nur an wenige Positionen.

Die Regierung fordert 198,000 M. für die Einrichtung des großen Situationshauses im Erweiterungsbau des Generalstabsgebäudes zu Berlin, sowie zur vollen äußeren Fertigstellung dieses Gebäudes. Die Kommission beantragt nur für den erstgenannten Zweck 88,000 M. zu bewilligen.

Nachdem die Abg. Stumm und von Benda auf Grund eigener Anschaunungen konstatirt, daß der Zustand des Gebäudes in seiner jetzigen äußeren Gestalt ein des deutschen Reiches nicht würdiger sei, wird die Regierungsforderung entgegen dem Kommissionsschluß genehmigt.

Zum Neubau eines Kasernements nebst Zubehör für das Garde-schützenbataillon in Lichtenfelde werden 300,000 M. als zweite Rate gefordert; für den Bau eines Kasinos für die Offiziere, Lehrer und Beamten der Kadetten-Anstalt in Lichtenfelde werden 140,000 Mark verlangt.

Abg. Richter (Hagen) beantragt die beiden Titel der Budget-Kommission zu überweisen, um nochmals die Frage zu prüfen, ob nicht die Speiseanstalt in der Kaserne des Schützenbataillons entbehrt werden könnte. Man könnte doch nicht für jedes Bataillon ein eigenes Casino herstellen; da wo die 90 Offiziere und Beamten der Kadetten-Anstalt essen, wird auch für 10–15 unverheirathete Liutenants der Gardeschützen Platz sein. Bei der Erhöhung der Präsenzstärke sollte man doch Alles vermeiden, was zwar nützlich und angenehm, aber keineswegs notwendig für die Unterbringung der Mannschaften ist. Sollte die Verweisung der Titel an die Budgetkommission nicht beschlossen werden, so schlägt Redner vor: die Militärverwaltung aufzufordern, durch Beschränkung der Dienstwohnungen und Abstandnahme von der Errichtung eines zweiten Offizierkasinos in Lichtenfelde die Herstellung der Gardeschützenkaserne zu einem geringeren Anschlage zu ermöglichen.

Bundeskommisarius Oberst v. Sandkuhl bemerkte, daß eine Vereinigung der beiden Speise-Anstalten nicht zu ermöglichen sei, weil die Beamten und Lehrer der Kadettenanstalt gewünscht sind, zu bestimmten Zeiten, in den Zwischenstunden zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht zu speisen, während der Dienst bei dem Schützenbataillon den Offizieren dies nicht zu derselben Zeit gestattet.

Nachdem noch die Abg. Riedert und v. Schalisch sich für die Überweisung der Positionen an die Budgetkommission ausgesprochen, beschließt das Haus demgemäß.

Zum Neubau eines Kasernements für das 1. Bataillon des 55. Regiments in Detmold werden 100,000 M. als erste Rate gefordert.

Die Budgetkommission beantragt die Streichung der Position; Abg. Bürgen empfiehlt die Genehmigung der Position; Abgeordneter von Bodum-Dolfs plädiert für die Belassung des Bataillons in Soest.

Abg. v. Behr-Schnoldow tritt für die Verlegung des Bataillons von Soest nach Detmold ein; in Soest wohne dasselbe schlecht und habe keine genügende Schießplätze; zum Gefechtschießen müsse es immer nach Bielefeld ausquartiert werden.

Das Haus tritt jedoch dem Antrage der Kommission auf Streichung der Position bei.

Auf den Antrag der Kommission werden folgende Positionen gestrichen: 130,000 Mark erste Rate zum Neubau einer Garnisonbäckerei und eines Dienstgebäudes für die Magazinverwaltung in Altona; 25,000 Mark erste Rate zum Neubau eines Körnermagazins und zweier Raubsourgemagazine in Parchim; 100,000 Mark erste Rate zum Neubau eines Intendanturdienstgebäudes für das Gardekorps in Berlin; 150,000 Mark zum Anfang eines Dienstwohngebäudes für den Kommandeur der vierten Division in Bromberg; 5000 Mark erste Rate zum Neubau eines Kasernements für die Feld-Artillerie in Kolberg; 450,000 Mark zum Neubau eines Kasernements für die zweite Abteilung des Holsteinschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 24 in Schwerin (erste Rate).

Ferner werden gemäß den Anträgen der Budgetkommission folgende Positionen ermaßigt: Die erste Rate für den Neubau einer Infanterie-Kaserne in Liegnitz von 100,000 auf 50,000 Mark; die dritte Rate für den Abbruch und Wiederaufbau der Kaserne V. in Recke von 222,417 auf 150,000 Mark; die vierte Rate für den Neubau eines Kasernements für das 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment in Berlin von 909,459 auf 800,000 Mark; die erste Rate für den Neubau einer Kaserne in Danzig von 280,000 auf 250,000 Mark; die zweite Rate für den Neubau einer Kaserne in Neufahrwasser von 250,000 auf 200,000 Mark; die dritte Rate für den Neubau der Kaserne des ostpreußischen Pionier-Bataillons in Danzig von 250,000 auf 150,000 Mark; die dritte Rate für eine Infanterie-Kaserne in Königsberg von 300,000 auf 250,000 Mark; die dritte Rate für eine Artillerie-Kaserne in Stralsund von 400,000 auf 150,000 Mark; die zweite Rate für eine Infanterie-Kaserne in Bonn von 265,000 auf 100,000 Mark, und die zweite Rate für eine Kavallerie-Kaserne in Bonn von 300,000 auf 130,000 Mark. — Außerdem werden statt der geforderten 150,000 Mark zur Verlegung der Kriegsschule von Erfurt nach Glogau nur 15,000 Mark zur Bearbeitung des Projekts dafür bewilligt.

Zum Neubau eines Kasernements für das von Meissen nach Dresden zu verlegende Jäger-Bataillon Nr. 13 werden 800,000 Mark verlangt.

Abg. Richter (Hagen) spricht sich gegen diese Forderung aus; der Gesamtkostenanschlag von 1,450,000 M. sei doppelt so hoch, als sonst das Kasernement eines Bataillons zu stehen komme; die alten Kasernen seien aus der Altstadt verlegt, zur Entschädigung für den Neubau hätte der sächsische Fiskus die alten Kasernen erhalten und nun wollte man auf dem theuersten Terrain in der Altstadt wieder eine neue Kaserne bauen und nehme dafür noch sogar mehr Dienstwohnungen in Anspruch als gewöhnlich. Redner beantragt die Überweisung des Postens an die Budgetkommission.

Bundesbevollmächtigter Edler v. Planitz tritt für die Bewilligung der Position ein; die Anlage der Kaserne sei vom militärischen Standpunkte aus notwendig; Dienstwohnungen würden den eigenthümlichen Verhältnissen entsprechend nicht mehr als gewöhnlich gefordert.

Nachdem noch der Abg. Ackermann die Bewilligung empfohlen hatte, spricht sich Abg. v. Minnigerode gegen die Überweisung des Titels an die Budgetkommission aus.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag des Abg. Richter ergiebt die Zählung die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Um 3½ Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Estat, Wahlprüfungen und Brautfeuervorlage).

## Politische Übersicht.

Posen, 9. März.

Der Begründung der neuesten Reichsstempelvorlage entnehmen wir folgende Bemerkungen über die Lotterieloosse: „Im Bundesgebiet bestehen fünf Staatslotterien, nämlich in Preußen mit 95,000 Losen zum Preise von 156 M., in Sachsen mit 100,000 Losen zum Preise von 156 Mark und 4 Mark Schreibgeld, in Braunschweig mit 83,000 Losen zum Preise von 120 Mark, in Hamburg mit einer veränderlichen Anzahl Losen (jetzt 94,000) zum Preise von 120 Mark und in Mecklenburg-Schwerin mit 19,500 Losen zum Preise von 120 Mark. In der Regel findet im Laufe eines Jahres ein zweimaliger Absatz der angegebenen Zahl von Losen statt. Außerdem werden zahlreiche Lotterien und Auspielungen von Vereinen und Privatpersonen im Bundesgebiete veranstaltet. Auf Grund von Verträgen sind die Lotterien einzelner Staatslotterien in einigen anderen Bundesstaaten gegen Entrichtung einer Abfindung an die Staatslotterie zugelassen. Es finden also vermittelst der Lotterie fortlaufend sehr erhebliche Übertragungen von Vermögenswerten statt, welche vorzugsweise zur Besteuerung geeignet sind. Indem die Bundesstaaten das Spielen oder wenigstens den Vertrieb der Lotterie, bezw. der nicht zugelassenen Lotterien verbieten, begeben sie sich der Möglichkeit, das Lotteriespiel zu besteuern. Bekanntlich bleiben aber jene Verbote wirkungslos. Es darf als notorisch bezeichnet werden, daß in allen Bundesstaaten die Lotterie nicht zugelassener Lotterien, namentlich auch fremder Staatslotterien, Absatz finden. Bei dieser Sachlage kann eine Besteuerung der Lotterieloosse zweckmäßigweise nur durch das Reich erfolgen. Die Abgabe wird nur als Urkundenstempel von den Losen oder sonstigen Ausweisen über den abgeschlossenen Lotterievertrag, nicht auch von den Gewinnen zu erheben sein. Mit den Verbotsgesetzen der Bundesstaaten tritt die Besteuerung der Lotterie nicht in Widerspruch, eben so wenig wie ein Recht, versteuerte Lotterie dem Verbot entgegen abzusetzen, erlangt wird. Von der Besteuerung sollen auch die lokaler Natur nicht ausgeschlossen werden. Dieselben sind nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung so wenig von der Geldlotterie verschieden, daß eine verschiedene steuerliche Behandlung nicht begründet erscheint. Lotterie der Prämiens-Anleihen werden nicht als Lotterieloosse betrachtet und sind deshalb den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unterworfen.

In der dem Reichstage vorliegenden Übersicht der vom Bundesrathe gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags heißt es bezüglich einer Resolution über eine einheitliche Vergleichung des Raum inhalt der Schanfgefe für kurz, daß die auf den Gegenstand bezüglichen Verhandlungen noch im Gange seien. Diese Verhandlungen sind durch die Normal-Eichungs-Kommission jung (im Dezr. v. J.) so weit gefördert worden, daß in nächster Zeit ein Resultat zu erwarten ist. Verschiedene Bezirksregierungen, z. B. die von Koblenz und Trier, hatten vor einiger Zeit Polizeiverordnungen, betreffend die Beschaffenheit der Schankgefäße erlassen, weil sie eine einheitliche Regelung des Gegenstandes nicht glaubten abwarten zu können; indeß hat der Handelsminister die Regierungen und Landdrosteien angewiesen, von jeder ortspolizeilichen Regelung Abstand zu nehmen, da durch die etwa zu erhoffenden Vortheile einer schleunigen Regelung die Nachtheile nicht aufgewogen werden würden, welche eine wesentliche Abweichung der lokalen von den generell zu erlassenden Bestimmungen zur Folge haben müßte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fährt fort, sich zur Verbreiterin von beunruhigenden Nachrichten zu machen. Aus Wartha läßt sie sich Folgendes schreiben: Es ist in letzter Zeit eine Aufzeichnung aller friegstüchtigen Pferde in dem Königreich Polen angeordnet worden. Diese Aufstellung soll dazu dienen, die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde in Polen für einen eventuellen Kriegsfall festzustellen. Ein Modus soll vereinbart werden, der die Vertheilung dieser Pferde an die betreffenden Regimenten regelt, wohl um dadurch den Nebelstand zu beseitigen, daß die Pferde, welche zur Kriegsbereitschaft den Regimentern zugeheilt werden, nicht von weither requirierte werden müssen.

Die Verlobung des Kronprinzen Rudolf von Österreich mit der Prinzessin Stephanie von Belgien ist unverzüglich der in London sich aufhaltenden Mutter des Bräutigams telegraphisch mitgetheilt worden. Kronprinz Rudolf lernte seine Braut anlässlich der Vermählung der ältesten Tochter des Königs der Belgier, Luise, mit dem Prinzen Philipp von Sachsen-Coburg kennen. Die Eheschließung soll zunächst per procurationem durch einen österreichischen Erzherzog, wie es heißt einen Bruder des Kaisers von Österreich in Brüssel erfolgen, worauf sich die Braut nach Wien begiebt und die Eheschließung in Person erfolgt. Als Termin für die Vermählung ist die Zeit der bevorstehenden Julifeste in Aussicht genommen.

Das Treiben der „Italia Irredenta“ in Istrien und Görz wird von Tag zu Tage dreister, so daß nachgerade selbst den gemüthlichen Österreicher den Geduld ausgeht. Aus Triest wird der prager „Politik“ gemeldet, daß daselbst mehrere Haussuchungen und Verhaftungen stattgefunden haben, darunter die des Chefs einer Handelsfirma. Auch in Görz wurden der Redakteur des italienischen Journals „Isonzo“ und ein Druckereibesitzer verhaftet. Als Probe der aufwieglerischen Sprache der Irredentisten geben wir hier einen Auszug aus Nummer 4 des zweiten Jahrganges des Journals „L'Italia Irredenta“ wieder. Das Blatt bezeichnet sich als das „offizielle Organ der Vereinigung für die julischen Alpen“ und trägt an der Spitze einen bezüglichen Stempel mit Wappen und der Aufschrift: „Comitato Triestino per le Alpi Giulie“. Ferner ist dem Texte der Zeitung das Motto vorangestellt: „Gegen unsre väterlichen Standarten wird der Uebermuth des Unterdrückers erliegen.“ „Contro i patrii nostri standardi cadrà l'orgoglio dell'oppressor“. Der erste Artikel ist den Nachrufen für zwei Parteigenossen, den verstorbenen General Avezzana sowie den Doktor

Cella gewidmet und schließt folgendermaßen: „Wenn jeder ehrenhafte Italiener dem Andenken dieser Helden Verehrung bewahren muß... so haben wir, die wir von den verhafteten Kralen Österreichs umschlagen sind, denen uns zu entreißen jene Hochherzigen alles opferen, wir, welche jene ihre Lieblingsbrüder nannten, die heilige Pflicht, mit unauslöschlichen Buchstaben auf den tiefsten Grund unserer Herzen die verehrten Namen zu schreiben: Giuseppe Avezza und Giambattista Cella.“ Der zweite Artikel ist Finis Austriae überschrieben, in welchem Österreichs zivilisatorische Aufgabe ohne Weiteres bestritten wird. „Das Österreich Franz Josephs“, heißt es, „bleibt stets das ehemalige Österreich, wie das Österreich Rudolfs immer das Österreich der Habsburger bleiben wird, falls Rudolf je auf den Kaiserthron gelangen wird. Österreich wird auf dem europäischen Kontinent jeder Zeit den am meisten verhafteten Despotismus repräsentieren, der noch verabscheutwürdiger ist, als der russische Despotismus, da letzterer wenigstens das Verdienst hat, nicht zur Scheinheiligkeit seine Zuflucht zu nehmen, während jener sich der perfidesten jesuitischen Künste bedient, um die Unterdrückung zu beschönigen.“ — Der Artikel schließt folgendermaßen: „Der Friede wird erst dann gesichert sein, wenn dem räuberischen doppellopfigen Adler die Klauen herausgerissen sind. Eine Ära der Zivilisation wird mir diejenige genannt werden können, in welcher Europa sich das „Delenda Carthago“ des Einsiedlers von Capri zu eigen gemacht: „Finis Austriae!“ — Das Heft selbst ist gedruckt „mit den geheimen Typen des Komites für die julischen Alpen“ und weist eine ziemlich sorgfältige Ausstattung auf.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. März. [Das Zentrum.] Die Vorlage über die zweijährige Budgetperiode ist jetzt vollständig die wenig bedeutenswerte Rolle zugefallen, welche früher Jahre lang die nationalliberalen Fraktion spielen mußte: die Kosten der parlamentarischen Unterhaltung zu tragen vermöge der in der Partei bestehenden Differenzen. Auch ohne daß man äußere Anzeichen dafür hätte, würde es nicht zu bezweifeln sein, daß ein so beispieloser Frontwechsel, wie der von der Zentrumsfraktion in der Frage des Sozialistengesetzes vollzogene, nicht ohne heftige Kämpfe hinter den Couliers möglich war. Man hört darüber aber auch die interessantesten Einzelheiten. Es soll Herrn Windthorst nur mit Aufbietung der äußersten Mittel möglich geworden sein, die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion zu der Haltung, welche er und Herr v. Hertling am Sonnabend andeuteten, zu gewinnen. Es soll schließlich vermöge einer Art von Kompromiß geschehen sein, wonach Herr Windthorst, der bereits in der Militärfrage in das Lager der Regierungspartei einschwanken wollte, darauf nothgedrungen verzichtete; aber er sprach zugleich der Aktion des Zentrums jede Aussicht auf Erfolg ab, wenn man nicht wenigstens in der Sozialistenfrage das Bündnis mit der Rechten aufrechtzuhalten vermöge und dadurch soll es ihm schließlich gelungen sein, hierin die Majorität der Fraktion für sich zu gewinnen, doch nicht, ohne daß er dazu einer ihm von Rom aus gewährten moralischen Unterstützung bedurfte hätte; daß ihm die letztere zu dem bezeichneten Zweck zu Theil wurde, ist allerdings sehr glaublich, wenn man sich erinnert, wie schon im Herbst 1878, als das Sozialdemokratengesetz erlassen wurde, man im Batikan mit der damaligen ablehnenden Haltung des Zentrums keineswegs einverstanden war. Hier und da wird die Behauptung laut, das Zentrum werde in der Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes schließlich die Nationalliberalen in der Gouvernementalität infolge übertrumpfen, als es die Verlängerung für den ganzen, von der Regierung verlangten Zeitraum gemeinsam mit den Konservativen bewilligen würde. Daß das ist nicht wahrscheinlich, sondern das Zentrum wird wohl einen Rest von Selbstständigkeit dadurch zu bekunden bemüht sein, daß es ebenfalls für die Abkürzung der Geltungsfrist eintritt. Vorläufig aber ist es keineswegs sicher, daß die Fraktion zuletzt geschlossen stimmen wird; vielmehr soll die Meinungsverschiedenheit und auf dem radikal gefindeten Flügel der Fraktion die Gereiztheit gegen Herrn Windthorst und die übrigen diplomatischen Führer so groß sein, daß Manche bezweifeln, ob das Zentrum noch lange in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung bestehen werde. Von konservativer Seite her hatte man sich auf das Lebhafte bemüht, die Anstrengungen des Herrn Windthorst zu unterstützen, denn auch auf der Rechten war man einig darüber, daß eine unbedingt oppositionelle Stellung des Zentrums gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes die Chancen der Liberalen erheblich erhöhen müßte und darüber kann durchaus kein Zweifel bestehen, daß die Konservativen, und zwar beide Fraktionen derselben, durchaus die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen ihnen und den Klerikalen wünschen. Ob die Regierung diesen Willen erfüllt, das wird man besser, als aus der Thatsache mehrfacher Zusammenkünfte zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn von Bemmigen, daraus entnehmen können, was mit dem Gesetzeswurf über die zweijährige Budgetperiode zu geschehen scheint. Es bedeutet wenig, daß, wie in der Presse behauptet wird, die Regierung sich für die Annahme dieser Vorlage nicht mehr bemühe; für die zweijährige Budgetperiode, wenigstens nicht für den Verzicht auf die alljährliche Berufung des Reichstags, ist auch ohngeheure Bemühung eine aus dem Konservativen und den Klerikalen bestehende Majorität gesichert, und wenn das Gesetz in dieser Beschränkung nicht zu Stande kommen soll, so müßte die Regierung ihren Einfluß geradezu gegen dasselbe geltend machen; sie müßte es zurückziehen oder verhindern, daß es vor dem Schlus der Session alle Stadien der Beratung durchmacht, oder sie müßte die ihrer Einwirkung zugänglichen Konservativen, namentlich also die von der Reichspartei, veranlassen, sich ungünstiger zu dem Entwurf zu stellen, als bisher. Daß Derartiges geschehen werde, wird bis jetzt von denjenigen

liberalen, welche sich nicht leicht Illusionen machen, bezweifelt. Aus eigener Initiative werden jedenfalls weder die Klerikalen noch die Konservativen dem Reichskanzler die peinliche Situation sparen, daß eine wichtige Vorlage von denselben Nationalliberalen bekämpft werden würde, deren er zur Lösung anderer Aufgaben der Reichstagsession unumgänglich bedarf.

## Telegraphische Nachrichten.

**München**, 8. März. Se. I. I. Hoheit der Kronprinz auf heute Abend 6½ Uhr hier ein und setzte um 7 Uhr die Reise nach Berlin fort. Am Bahnhof waren der preußische Gesandte, Graf v. Werther, und der General v. d. Tann zur Begrüßung anwesend.

**Wien**, 8. März. Das Herrenhaus wird morgen eine außerordentliche Sitzung abhalten, in welcher wegen Entsendung einer Beglückwünschungsdeputation anlässlich der Verlobung des Kronprinzen berathen werden soll; die Obmänner der Klubs des Unterhauses werden morgen vor der Plenarsitzung einen ähnlichen Schritt vereinbaren. Der Bürgermeister wird morgen dem Gemeinderath von der freudig erregten Stimmung der Bevölkerung Kunde geben und die Entsendung einer Deputation beantragt, welche den Kaiser anlässlich der Verlobung des Kronprinzen beglückwünschen soll.

**Wien**, 8. März. Sämtliche hiesige Blätter sprechen sich über die Verlobung des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stephanie von Belgien auf das Freudigste aus und heben her, daß die Völker Österreich-Ungarns in den politischen, wie auch menschlichen Tugenden, welche die belgische Königsfamilie auszeichnen, eine vielversprechende Bürgschaft für die künftliche Gestaltung der Zukunft des Vaterlandes erblicken würden.

Im liberalen Club zu Pest wurde die durch den Ministerpräsidenten Tisza erfolgte Mittheilung der Verlobung mit entzückendem Beifall aufgenommen.

**Wien**, 8. März. Nach einer Meldung der „Polit. Korresp.“ Philippopol hat der bulgarische Metropolit die Nachricht von einem angeblichen Hirtenbriefe, in dem die Bulgaren aufgefordert worden seien, ihre Beziehungen zu den Griechen aufzubrechen, für unbegründet erklärt.

**Pest**, 8. März. Das Unterhaus nahm die Gesetzentwürfe über die Bedeckung der Anlehenstilgungsanuitäten, sowie die Tilgung der Weinzehntschilden und der Grundentnahmeverpflichtungen an.

**Paris**, 7. März. An der am Sonnabend bei dem Minister des Auswärtigen, Freycinet, stattgehabten Soirée nahm der österreichische Botschafter mit seinem gesammelten Personale Theil; auch der deutsche Botschafter, Fürst Hohenlohe, wohnte derselben bei.

**Paris**, 8. März. Paul Granier de Cassagnac zeigt in einem von ihm veröffentlichten Briefe an, daß er wegen der Ablösung des Präfekten des Départements Gers zur Zeit der letzten Wahlen eine Interpellation an den Minister des Innern richtete.

**Brüssel**, 8. März. Das „Journal de Bruxelles“ meldet, die Verlobung der Prinzessin Stephanie mit dem Kronprinzen Rudolf von Österreich gestern beim Familiendejeuner im Palais zu Laeken proklamiert worden sei.

**London**, 8. März. [Unterhaus.] Schatzkanzler Northcote erklärte, daß die Regierung beschlossen habe, das Parlament zu Ostern aufzulösen; das neue Parlament soll Anfang Mai zusammenentreten. Die Regierung wird am nächsten Donnerstag das Budget einbringen.

**Plymouth**, 8. März. Der Hamburger Postdampfer „Wellert“ ist hier eingetroffen.

**Bukarest**, 8. März. Campineano ist nunmehr definitiv Stelle Sturdza's zum Finanzminister ernannt worden.

**Washington**, 7. März. Die Spezialkommission des Präsidentenhauses, welche mit der Prüfung des Entwurfs betraut den Bau eines interozeanischen Kanals durch die Menge von Panama beauftragt ist, hat beschlossen, einen Antrag an das Repräsentantenhaus zu richten, worin die Anwendung einer gemeinschaftlichen Resolution beider Kammern empfohlen wird. Durch dieselbe wird auf das Entschiedenste Monroe-Doktrin aufrechterhalten, nach welcher die Leitung der Kontrolle jeder Kommunikation durch den Isthmus den Unionstaaten zustehen soll. Letztere würden jeden Versuch einer europäischen Macht, gleichviel welcher, ein Protektorat in irgend einem unabhängigen amerikanischen Staat herzustellen, als für Frieden und die Sicherheit des Landes gefährlich betrachten. Präsident soll aufgefordert werden, Maßregeln zu ergreifen, jeder obiger Erklärung zu widerlaufenen Vertrag aufzuheben.

**Washington**, 8. März. Lesseps hatte am letzten Sonnabend eine Unterredung mit dem Präsidenten Hayes, in welcher Letzterer erklärte, daß nicht daran gedacht werde, den Panama-Kanal unter die Kontrolle des Auslandes zu stellen, und die Interessen der Vereinigten Staaten durch den Kanal in keiner Weise beeinträchtigt werden würden. Der Präsident Hayes erhoffte, er freue sich zu erfahren, daß das von Lesseps beabsichtigte Unternehmen nicht politischen Zwecken dienen solle.

**New York**, 8. März. Der Hamburger Postdampfer „Siemens“ und der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein“ sind angekommen.

**San Francisco**, 7. März. Die Regierung hat in Folge Agitation gegen die chinesischen Arbeiter Truppen hierher vertrieben. Die Waffendepots werden bewacht.

**Rom**, 8. März. Die Deputiertenkammer beschloß den Antrag Morelli's betreffs der Entscheidung in Erwägung zu ziehen. Justizminister hatte erklärt, das Ministerium akzeptiere im Prinzip den Antrag und behalte sich nur einige Änderungen vor. Der Handelsminister brachte eine Vorlage betreffend die Beleidigung Italiens an der berliner Fischereiausstellung, ein. Marineminister erklärte bei Beantwortung einer Frage Nico-

teras, betreffs des Unfalls auf dem Duilio, der technische Grund desselben sei noch unaufgeklärt, eine technische Enquête aber bereits eingeleitet. Die Beschädigungen des Schiffes seien geringfügig. Dasselbe konnte gestern bereits seine Schießübungen fortsetzen. Der Zustand der Verwundeten ist befriedigend.

**London**, 8. März. [Oberhaus.] Lord Beaconsfield erklärte, sobald Lord Northcote das Budget eingebracht und andere nothwendige Arrangements stattgehabt hätten, erfolge die Auflösung des Parlaments. In dritter Lesung wurde sodann die irische Notstandsschluß angenommen.

**London**, 8. März. [Unterhaus.] Smith legt vor und erläutert das bekannte Marinebudget. Die 43-Tons-Hinterladegeschütze sollen demnächst Versuchen unterworfen werden. Der Bau 3 neuer Panzerschiffe ist beabsichtigt, eines mit Barbetten anstatt der Thürme. Der Bau dreier ungepanzerter Kreuzer mit einer Geschwindigkeit von 16 Knoten ist gleichfalls beabsichtigt. Jedes Schiff erster Klasse soll zukünftig ein Torpedoboot haben. Das Budget sei ein Friedensbudget, er hoffe aber, die Flotte sei allen Eventualitäten gewachsen.

Verantw. Redakteur J. B. Dr. jur. Paul Hörrer in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Wasserstand der Warthe.

**Posen**, am 7. März Mittags 3,12 Meter.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i.Cels.-Grad.
8. Nachm. 2	771,9	N stark	ganz heiter <sup>1)</sup>	3,4 <sup>2)</sup>
8. Abends. 10	756,7	N stark	ganz heiter	- 1,0
9. Morgs. 6	748,9	SD mäßig	halb heiter	- 2,7
			<sup>1)</sup> Regenhöhe 0,5 mm.	
			<sup>2)</sup> Die Luft war außerordentlich trocken, sie enthieilt nur 0,08 Gr. Wasser auf den pariser Kubikfuß.	

## Wetterbericht vom 8. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i.Cels.-Grad.
Aberdeen	773,2	S leicht	wolkenlos	4,4
Kopenhagen	777,8	N stark	wolkenlos	- 1,2
Stockholm	776,5	NW mäßig	wolkenlos	- 7,2
Haparanda	771,6	NW leicht	wolkenlos	- 14,4
Petersburg	fehlt			
Moskau	742,6	NW still	bedeckt	1,1
Torl	774,2	N schwach	Nebel <sup>1)</sup>	5,6
Brest	769,5	N stark	bedeckt	7,7
Helder	774,4	N leicht	wolfig	4,8
Sylt	774,9	N mäßig	wolfig	1,9
Hamburg	775,2	N stark	bedeckt <sup>2)</sup>	3,6
Swinemünde	775,7	N frisch	wolfig <sup>3)</sup>	0,8
Neufahrwasser	774,2	N stark	wolfig	- 0,1
Memel	768,6	N stark	halbbedeckt <sup>4)</sup>	- 2,0
Paris	771,4	WSW still	wolkenlos	7,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	770,9	N still	bedeckt	8,9
Wiesbaden	782,2	N still	wolfig	7,5
Kassel	773,2	N still	wolfig	6,0
München	770,9	still	Nebel	5,6
Leipzig	773,4	N leicht	bedeckt	5,6
Berlin	773,6	N leicht	bedeckt	5,5
Wien	769,3	NW leicht	wolfig	7,8
Breslau	771,6	NW mäßig	halbbedeckt	4,2

<sup>1)</sup> Segang leicht. <sup>2)</sup> Dunst. <sup>3)</sup> Große See. <sup>4)</sup> Grobe See, gestern Abend Regen.

## Übersicht der Witterung.

Durch die außergewöhnlich starke Zunahme des Luftdrucks im Nord- und Ostseegebiete hat sich die Druckvertheilung und die Wetterlage Europas total geändert. Ein Maximum des Luftdrucks mit wolkenlosem Frostwetter liegt über Skandinavien, wo gestern der Luftdruck am niedrigsten war, und bedingt in Verbindung mit dem Minimum im Innern Russlands an der ostpreußischen Küste starke bis stürmische nördliche Winde mit Frost. In Nord- und Mitteldeutschland ist schwache östliche Luftströmung bei aufklärender Witterung und sinkender Temperatur eingetreten. Über Süd-Zentral-Europa herrscht Windstille. Nizza: Nordost, leicht, Dunst, plus 10,8 Grad.

## Deutsche Seewarte.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 8. März. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,49. Pariser do. 81,21. Wiener do. 172,25. R.-M. St. A. 146. Rheinische do. 157. Hess. Ludwigsh. 103. R.-M. Pr. Anth. 133. Reichsanl. 99. Reichsbank 153. Darmstb. 149. Meiningen 101. Ost.-ung. Bt. 721,00. Kreditaktien\* 261. Silberrente 61. Papierrente 60. Goldrente 73. Ung. Goldrente 86. 1864er Loose 123. 1864er Loose 305. 1864er Loose 212,50. do. Ostb. Ob. II. 78. Böh. Westbahn 191. Elisabethb. 160. Nordwestb. 144. Galizier 21. Franzosen\* 234. Lombarden\* 74. Italiener - 1877er Russen 87. II. Orientanl. 59. Zentr.-Pacific 109. Diskonto-Kommandit - Elbtalbahn -.

Nach Schluf der Börse Kreditaktien 262, Franzosen 235, Galizier 15, ungarische Goldrente -, II. Orientanleihe -, 1864er Loose -, III. Orientanleihe -, Lombarden - Schweizer Zentralbahn -.

\* per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 8. März. Effekten-Societät. Kreditaktien 263. Franzosen 235, Lombarden 75, 1864er Loose 123, Galizier 222, österr. Silberrente -, ungarische Goldrente 86, II. Orientanleihe 59, österr. Goldrente -, III. Orientanleihe -, Papierrente 60. 1877er Russen 87. Meiningen Bank -. Fest.

**Wien**, 8. März. (Schluß-Course.) Nach vielfachen Schwankungen schließlich wieder fest, Kreditaktien gefragt, lokale Banftaktien nachgebend, Bahnen und Renten behauptet.

Papierrente 70,77. Silberrente 71,70. Osterr. Goldrente 85,90. Ungarische Goldrente 100,92. 1864er Loose 122,50. 1864er Loose 129,50. 1864er Loose 171,50. Kreditloose 179,20. Ungar. Prämien 113,00. Kreditaktien 296,19. Franzosen 272,50. Lombarden 86,10. Galizier 257,25. Kasch.-Oderb. 123,00. Paribusbitz 128,50. Nordwestbahn 167,00. Elisabethbahn 184,50. Nordbahn 235,00. Österreich-ungar. Bank 833,00. Türk. Loose 17,20. Unionbank 110,70. Anglo-Austr. 151,90. Wiener Bankverein 145,00. Ungar. Kredit 281,50. Deutsche Blaue 57,65. Londoner Wechsel 118,20. Pariser do. 46,90.

Amsterdam do. 98,00. Napoleon 9,45. Dusaten 5,56. Silber 10,00. Marknoten 58,15. Russische Banknoten 1,24. Lemberg 157,00.

**Wien**, 8. März. Abendbörse. Kreditaktien 297,80. Franzosen 272,50. Galizier 256,50. Anglo-Austr. 152,30. Lombarden 86,50. Papierrente 70,65. österr. Goldrente 186,15. ungar. Goldrente 101,20. Marknoten 58,10. Napoleon 9,43. 1864er Loose -. österr.-ungar. Bank -. Nordbahn -. Sehr fest.

**Wien**, 7. März. (Privatverkehr.) Kreditaktien 295,10. Franzosen 272,50. Galizier 256,50. Anglo-Austr. 152,60. Lombarden 86,50. Papierrente 70,65. österr. Goldrente 186,15. ungar. Goldrente 100,87. Marknoten 58,12. Napoleon 9,44. Sehr fest.

**Florenz**, 8. März. Italienische Rente 90,87. Gold 22,38. **Paris**, 8. März. (Schluß-Course.) Fest aber geschäftlos.

3 proz. amortir. Rente 84,35. 3 proz. Rente 82,60. Anleihe de 1872 116,27. Ital. 5 proz. Rente 81,20. Osterr. Goldrente 74. Ung. Goldrente 86. Russen de 1877 89. Franzosen 585,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 192,50. Lombard. Prioritäten 262,00. Türken de 1865 10,90. 5 proz. rumänische Anleihe 73,00.

Credit mobilier 720. Santer exter. 16,6. do. inter. 15,6. Suezkanal-Aktien -. Banque ottomane 552. Societe general 557. Credit foncier 1082. Egypt 285. Banque de Paris 945. Banque d'escompte 785. Banque hypothecaire 643. III. Orientanleihe 60,17. Türkloose -. Londoner Wechsel 25,24.

**Paris**, 7. März. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente —. Anleihe von 1872 116,30. Italiener 81,15. österr. Goldrente 74. ungar. Goldrente 86. Türk. 10,95. Spanier exter. —. Egypt 283,12. Banque ottomane —. 1877er Russen 88,12. Lombarden —. Türkloose —. III. Orientanleihe 60,17. Fest.

**London**, 8. März. Consols 98,1. Italien 5 proz. Rente 89. Lombarden 7,8. 3 proz. Lombarden alte 103. 3 proz. do. neue 103. 5 proz. Russen de 1871 84. 5 proz. Russen de 1872 86. 5 proz. Russen de 1873 84. 5 proz. Türk. 10,95. fundirte Amerikaner 105. Osterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 85. Osterr. Goldrente 73. Spanier 16,2. Egypt 56.

Breit. 4 prozent. Consols 97.

Platzbonton 2,5 p.c.

Aus der Bank floßen

